

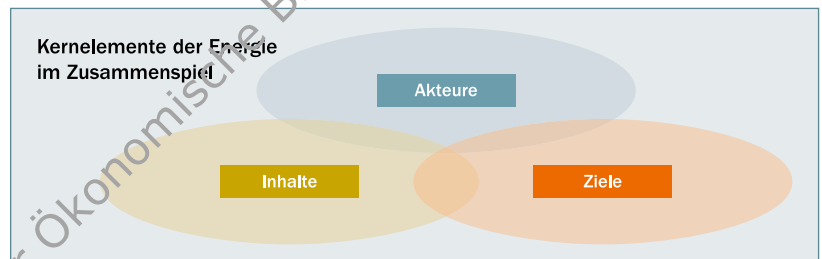
5. Inhalte: Womit beschäftigt sich Energiepolitik?

Familie Bodemann plant den Energieanbieter zu wechseln. Der benachbarte Landwirt will ein Windrad errichten. In der Stadt wird darüber diskutiert, dass ein neues Kohlekraftwerk gebaut werden soll. In der Nachbargemeinde ist im letzten Winter für einige Tage der Strom ausgefallen.

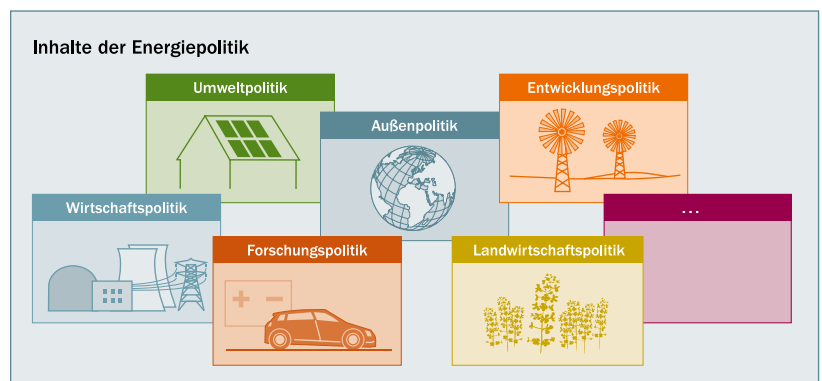
All diese Aktivitäten und Ereignisse stehen in gewisser Weise im Zusammenhang mit energiepolitischen Entscheidungen. Von ihnen hängt es ab, ob erneuerbare Energien gefördert und neue Kraftwerke genehmigt, ob vom Gesetzgeber Investitionen in die Netzinfrastruktur und freier Wettbewerb auf dem Strommarkt vorgeschrieben werden.

Die „Inhalte“ von Energiepolitik auf eine kurze Formel zu reduzieren ist damit kaum möglich. Zu viele Berührungspunkte und Überschneidungen bestehen mit anderen Politikfeldern. Wo fängt Energiepolitik an und wo hört sie auf? Eine klare Grenze zu ziehen macht wenig Sinn. Die Betrachtung politischer „Inhalte“ können wir zudem kaum von den vorangegangenen Überlegungen zu „Akteuren“ und deren „Zielen“ lösen. Schließlich sind es immer Menschen, die sich mit bestimmten Absichten politischen Themen widmen.

KOMPLEX 6 IN DIESEM BAND:
WELTENERGIEVERSORGUNG



Betrachten wir also nun, wie bereits auf Seite 21 geschehen, eine kleine Auswahl der Ressorts, die auf Bundesebene institutionalisiert worden sind. Auf diese Weise ist zwar kein vertiefter Einblick in alle angerissenen Diskussionen und Fragen möglich – aber das große Panorama energiepolitischer Inhalte wird einschließlich der vielen Überschneidungen sichtbar.



Energie- und Außenpolitik

Der folgende Textausschnitt umreißt zunächst, welchen gemeinsamen Aufgaben sich Energie- und Außenpolitik stellen müssen:

Versorgungssicherheit durch Energie(außen)politik

[...] Energieversorgungssicherheit ist [...] eine hoch politische Angelegenheit und bedarf daher einer vorausschauenden Energiepolitik. Zudem fordern die sehr langfristigen Investitionszyklen eine Energie- und auch Außenpolitik, die das Verhältnis zu den Produzenten- und Transitstaaten langfristig und nachhaltig definiert. Unter dem Motto Kooperation statt Konfrontation müssen Modelle gefunden werden, die die gegenseitige Abhängigkeit von Produzenten und Verbraucherländern akzeptieren und gemeinsame Regeln und Normen aufzustellen versuchen. Außenpolitik spielt hier eine zentra-

le Rolle. Sie kann den globalen Energieproduzenten und -verbrauchern ein Forum bieten, auf dem man sich über energiepolitische Standpunkte und Meinungsverschiedenheiten austauscht. Sie muss der konfrontativen Politisierung der Ressourcen Öl und Gas mit Vertrauensbildung begegnen. Ziel eines solchen offiziellen oder inoffiziellen Diskussionsprozesses sollte es sein, mögliche Konflikte zu vermeiden oder zu beheben. [...]

Quelle: Auswärtiges Amt (Hg.): In der Welt, EU-Ratspräsidentschaft und G8-Vorsitz Deutschlands: Engagement des Auswärtigen Amts, Berlin 2007, S. 48–49

Investitionszyklus:

Das Anlagevermögen eines Unternehmens (langfristig eingesetzte Güter wie Maschinen oder Fahrzeuge) wird im Laufe der Zeit abgenutzt und muss ersetzt werden. In der Buchhaltung spiegelt sich das in den so genannten Abschreibungen wider: Der Wert der Anlagegüter wird im Verlauf der Nutzungsdauer immer geringer und ist irgendwann bei 0 angelangt. In der Energiewirtschaft werden oft Investitionen (etwa in Pipelines) getätigt, die überdurchschnittlich teuer sind und dementsprechend lang genutzt werden müssen. Man spricht von einem langfristigen Investitionszyklus.

Neben der Versorgungssicherheit spielen auch globale Herausforderungen wie die Erderwärmung eine erhebliche Rolle in der Außenpolitik.

Energie- und Entwicklungspolitik

An dieser Stelle ist auch der Einflussbereich des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung betroffen, in dessen Themenliste neben der Bekämpfung von Armut, der Friedenssicherung und der Verbesserung von Bildungschancen auch Energie und Klimawandel an prominenter Stelle auftauchen. Verschiedene Förderprogramme und Projekte auf der ganzen Welt dokumentieren, dass die deutsche Energiepolitik die Probleme weniger weit entwickelter Staaten nicht aus den Augen verlieren soll und will. Ein Ansatzpunkt ist es zum Beispiel, den bisher noch nicht an ein Stromnetz angeschlossenen Menschen Zugang zu Elektrizität zu verschaffen. Dabei werden auch die Gegebenheiten vor Ort genutzt: Erdwärme, Wasser- und Sonnenkraft bergen oft großes Potenzial und legen die Errichtung entsprechender Kraftwerke nahe. Insgesamt ist die energiepolitische Entwicklungszusammenarbeit allerdings noch viel grundsätzlicher ausgerichtet:

Klimawandel gefährdet Entwicklung

Die Industrieländer sind die Hauptverursacher von klimaschädlichen Treibhausgasen. Doch die Folgen des Klimawandels treffen die Entwicklungsländer am härtesten. Der Klimawandel begünstigt Wetterextreme und stört die Balance der besonders empfindlichen Ökosysteme vieler

Entwicklungsländer. Gleichzeitig fehlen diesen Ländern die finanziellen, technischen und organisatorischen Voraussetzungen zur Anpassung an den Klimawandel. Dabei verstärkt der Klimawandel bereits existierende Probleme. [...] Der Klimawandel droht Entwicklungsfortschritte [...]

Transitstaat:

Gemeint ist hier, dass Energie nicht direkt vom produzierenden zum verbrauchenden Staat gelangt, sondern das Hoheitsgebiet dritter Länder, so genannter Transitstaaten, etwa in Pipelines durchquert.

www.bmz.de/de/themen/energie